

12.02

Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA (FPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bericht ist gut, er ist gut geschrieben, er ist gut zusammengefasst, und er ist auch in einem guten Deutsch geschrieben – das kommt bei dieser Regierung nicht so oft vor, und da möchte ich dem Wirtschaftsministerium wirklich meine Gratulation zum Ausdruck bringen. (*Vizepräsident **Gödl** übernimmt den Vorsitz.*)

Der Grund, warum wir dennoch nicht zustimmen können, ist in erster Linie das Vorwort. Auch wenn da das Konterfei des Herrn Vizekanzler drauf ist: Ich glaube nicht, dass er das geschrieben hat, aber ich muss trotzdem darauf eingehen, denn es ist ja seine Unterschrift darunter gesetzt.

Im dritten Satz kommen bereits die berühmten österreichischen Mantras vor: WIFO und IHS. Ich muss ganz ehrlich sagen, das kommt mir manchmal wie in Büchern aus der DDR-Zeit vor, die jetzt auf der Universität aussortiert werden, die wissenschaftlich exakt sind, aber wenn man sich da, ich weiß nicht, etwas über die Gartenbeschaffung durchlesen will, geht es in den ersten zwei Sätzen über Karl Marx und Friedrich Engels. Also daran erinnert mich das immer: immer IHS und WIFO.

Vielleicht wird das WIFO mit Badelt, dem ehemaligen Rektor der Wirtschaftsuniversität, besser. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber das IHS ist wirtschaftswissenschaftlich unten durch, das muss man ganz offen sagen, und da ist auch keine Besserung in Sicht. Daher weiß ich auch nicht, warum man sich immer auf diese zwei kapriziert. Da sollte einmal die Wettbewerbsbehörde, das Kartellamt in Österreich einschreiten. Es gibt unzählige sehr gute Institute, man könnte auch einmal über den Tellerrand blicken und ins Ausland gehen. Vielleicht holt man sich einmal ein deutsches oder ein Schweizer Institut und schaut, welchen Fokus die haben.

Punkt zwei, die Steuerreform, die da genannt wird: Nicht schon wieder! Nicht schon wieder! Sie **ist** ein Belastungspaket für viele Unternehmen – es ist ein Wirtschaftsbericht, deswegen muss ich über die Unternehmen sprechen –, sie ist ein Belastungspaket! Ich möchte das hier nicht wieder betonen. Die KEST-Erhöhung, die Abschreibungsverlängerung, die Erhöhung des Sachbezugs für Autos, die Grunderwerbssteuer, die Registrierkasse, über die wir jetzt täglich in den Zeitungen lesen: Das sind alles, alles Belastungen für die Unternehmer, die Kosten, Kosten, Kosten verursachen und die Wettbewerbskraft der österreichischen Unternehmer reduzieren. Darum geht es: Es geht um die Kosten der Unternehmer. Die kommen einfach nicht mit.

TTIP, CETA – darauf komme ich später noch zurück – helfen nichts, wenn wir die Kosten nicht reduzieren. Wir kommen international einfach nicht mit, wir sind nicht wettbewerbsfähig. Darum geht es, sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Harald! Darum geht es, wenn ich das so erwähnen darf. Es geht also darum, den Wettbewerb zu stärken.

Ich komme kurz zu den Kosten. Was betrifft uns Unternehmer? Wir können ja dieser internationalen Globalisierung nicht davonlaufen, wir müssen uns ja angleichen. Industrie 4.0, wir müssen das implementieren, wir müssen das machen. Da geht es aber nicht so sehr um die Automatisierungsprozesse innerhalb eines Betriebes, da geht es um Automationsprozesse zwischen den Unternehmen. Da kommt man nicht heraus. Da geht es um Warenketten, da geht es um die berühmte Chain-of-supply, von der Produktion über die Distribution bis zur Konsumtion. Das macht diese Industrie 4.0 aus. Das verursacht Kosten, denn das muss für die Unternehmen einmal programmiert werden. Da müssen wir mitmachen, da kommt keiner daran vorbei, sonst stehen wir international hinten an.

Damit wir uns diese Neuerung, diese Innovation, diese Forschung und diese Technologie leisten können, brauchen wir woanders eine Kostenreduktion, und das sind einmal die Steuern, das sind die kompletten Abgaben, das ist die Deregulierung, die uns und den Unternehmern wichtig ist. Wichtig ist, dass wir in diesem Bereich mehr Freiheit haben und den Fokus auf einen anderen Blickwinkel richten können, denn da kommen wir einfach nicht aus, wollen wir international mitmachen und wettbewerbsfähig bleiben.

Das macht dann auch das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplätze aus, auf die es ja der Bundesregierung so ankommt. Wir alle wissen: Die Arbeitslosigkeit steigt, steigt und steigt. Wir sind jetzt praktisch bei einer halben Million Arbeitsloser. Das muss man sich einmal vorstellen! In dem kleinen Land Österreich sind eine halbe Million Menschen arbeitslos. Ich meine, wenn das nicht eine negative Auslage für die Bundesregierung ist, dann weiß ich nicht. Daher gehört alles dafür getan, in erster Linie den Wettbewerb zu stärken. Das ist für uns Freiheitliche besonders wichtig.

Wenn ich einen Exkurs machen darf, wie ein anderes Denken funktioniert: In der Schweiz heißt es nicht Steuerreform, sondern – zu Recht – Unternehmenssteuerreform, denn die Schweizer wissen genau, sie müssen die Unternehmer fit machen (*Zwischenruf des Bundesrates **Schennach***), sie müssen die Unternehmer wettbewerbsfähig machen, damit alles andere funktioniert. Wenn das nicht funktioniert, funktioniert das andere auch nicht.

Unternehmer, sehr geehrter Herr Staatssekretär, lassen sich das schon lange nicht mehr gefallen, siehe Voest, die gehen in die USA, siehe AT&S, die gehen nach China. Die Sorgen und die Ideen und Neuerungen, die die Leitbetriebe Österreichs haben und vorschlagen, wurden – so steht es hier – umgesetzt. – Nein, die wurden nicht umgesetzt! Ich ersuche, dass das gemacht wird.

Jetzt ein kurzer Exkurs zu TTIP. TTIP, meint man, betreffe den freien Handel, den Freihandel. Aber der Handel wurde, das ist schon lange her, durch Zölle, durch die Einfuhrzölle, durch Importsperrern reguliert. Wenn ich kurz erinnern darf: Dieser berühmte Manchester-Liberalismus, den ich jetzt nur wertfrei replizieren möchte, hat damals bewirkt, dass die weltweiten Importzölle von Getreidelieferungen, die damals gerade angeworfen wurden, abgebaut wurden, und so wurde die Hungersnot in England verhindert. Darum geht es, aber das Thema ist lange vorbei, denn der Handel ist bereits frei.

Die Zölle, um die es da geht: Wir haben Zölle zwischen 0 und 10 Prozent, das macht einem Wettbewerb nicht so viel aus, siehe China: Wir haben kein Freihandelsabkommen, aber die chinesischen Waren haben, was den Spielzeughandel betrifft, fast eine Deckung von 100 Prozent. Es gibt kaum Spielzeuge, die nicht aus China stammen.

Also da geht es um was anderes. Bei TTIP geht es – und das wäre ein besserer Terminus – um die Internationalisierung von Normen und Standardisierungen. Das ist nämlich das Problem. Das sind die Themen, mit denen sich Unternehmer auseinandersetzen müssen: Können meine Produkte auf dem amerikanischen Markt oder umgekehrt überhaupt angeboten, feilgeboten werden?

Ich war im TTIP-Leseraum: Also, ob ich das Handy abgeben muss, ist mir eigentlich egal, und wenn mir jemand über die Schulter schaut, ist mir das eigentlich auch vollkommen egal, ich bin transparentes Arbeiten gewohnt. (*Heiterkeit des Bundesrates Mayer.*) Aber was ich nicht verstehe, ist: Das ist Copy-and-paste der WTO-Abkommen, da ist nichts Neues drinnen. Ich hatte die Kontraktsspezifikationen gesucht, um die geht es den Unternehmen. Ein Unternehmer möchte ja Geschäfte machen, der möchte wissen, ob er seine Produkte in den USA anbieten kann. Das habe ich nicht gefunden.

Es gibt überhaupt keine Kontraktsspezifikationen. Wollen Unternehmen, dass ihre Warengruppe an einer Börse notiert, braucht man eine Kontraktsspezifikation. – Die gibt es nicht! Das ist aber die Basis der Geschäfte. Wir alle wissen, Streitereien finden wegen vernachlässigbarer 0,01 Prozent statt. Es geht um das tatsächliche Geschäft, und das wird nicht transparent gestaltet. Das ist eine Kritik, und darum geht es.

Ich glaube auch, dass das Abkommen viel zu voluminös ist, um das in einem Zug durchzubringen. Das ist eigentlich auch gar nicht gewünscht. Wir von der FPÖ sehen das vollkommen anders. Wir wollen Transparenz und Klarheit haben, die aufgrund der fehlenden Kontraktsspezifikationen bis heute nicht geliefert wurden.

Die Voest hat sich anders entschieden. Die hat ihre Betriebsstätte gleich in die USA gelegt, denn dort ist alles billiger. Offensichtlich gibt es dort viele Fachkräfte, die in Österreich bereits fehlen. Darunter leidet die Industrie. (*Zwischenruf des Bundesrates Schennach.*) Das verursacht der Industrie auch Kosten, da sie mittlerweile selbst dafür verantwortlich ist, ihre Fachkräfte auf den Maschinen – es geht vor allem um technische Berufe – für ihre eigene Produktion auszubilden. Da ist der Staat absolut säumig, trotz der hohen Steuerquoten, trotz der Abgabenquote, trotzdem hier im Parlament immer wieder Bildung, Wissensgesellschaft rauf und runter diskutiert werden. Aber es geht nicht durch bis zu den Arbeitskräften, es geht nicht durch zu Fachausbildern und die Industrie leidet eminent darunter.

Zusammengefasst möchte ich darstellen, dass der Bericht in Ordnung ist, die Probleme auch erkannt wurden, wie auf Seite 12 vollkommen richtig zu lesen ist: „Entscheidend sind insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmertums, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, für verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten vor allem für Start-ups und KMU sowie ein unternehmensfreundliches und bürgernahes Regelungsumfeld.“

Ein perfekter Satz, er könnte nicht schöner sein, das könnte von einem Freiheitlichen geschrieben worden sein. (*Bundesrat Mayer: In aller Bescheidenheit!*) Leider ist das Vorwort ein anderes, daher müssen wir das ablehnen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

12.11

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Tiefnig. Ich erteile es ihm.